

Die Mitglieder einer Gruppe von in Wernigerode bzw. Berlin wohnhaften Personen führten bereits seit 1981 Gespräche über eine Übersiedlung nach der BRD. Ab 1984 wurden in diese Aktivitäten ehemals der Gruppe zugehörige und zwischenzeitlich übergesiedelte Personen einbezogen. Auch sie nutzten Treffen in der CSSR sowie Reisen von Verwandten nach Westberlin zum Informationsaustausch. Zur Forcierung ihres Vorhabens wurden Anfang 1986 Möglichkeiten eines provokativen Auftretens gegenüber den DDR-Organen diskutiert, woraufhin einige Personen Wahlbenachrichtigungen ungültig machten und an die zuständigen Staatsorgane der DDR zurücksandten.

In Arnstadt hatte ein 35jähriger Kellner 8 übersiedlungsersuchende Personen seines Bekanntenkreises für gemeinsame Aktionen zur Erzwingung der Ausreise gewinnen können. Ein geplantes gemeinsames provokatives Aufsuchen der Räume der Abteilung Innere Angelegenheiten konnte durch entsprechende Maßnahmen verhindert werden.

Hinsichtlich der Motivation zur Übersiedlung war - wie bereits in den Vorjahren - festzustellen, daß sie bei der Mehrzahl der Beschuldigten durch die Erwartung besserer persönlicher und beruflicher Lebensumstände charakterisiert war (rd. 50 %); maßgeblich aus politischen Gründen handelte etwa ein Drittel der Beschuldigten. Teilweise gleichzeitig wurden als weitere Beweggründe von Beschuldigten angeführt

beabsichtigtes Zusammenleben mit Personen im Ausland	25 %
vermeintliche persönliche oder berufliche Perspektivlosigkeit (zumeist aus Selbstüberschätzung resultierend)	13 %